Bericht des Gemeinderats

Interfraktionelles Postulat SVP/JSVP, FDP mit CVP (Edith Leibundgut, CVP/Peter Bühler, SVP/Pascal Rub, FDP) vom 13. November 2008: Kampf dem organisierten Betteln (08.000376)

In der Stadtratssitzung vom 2. Juli 2009 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Der Winter naht, es wird kalt und ungemütlich. In Bern West sitzt eine völlig abgemagerte, sichtlich schwer kranke Frau vor dem Einkaufszentrum Migros Ausserholligen am Boden und bettelt um Geld. Nicht nur sie, sondern abwechslungsweise junge und alte Menschen, welche meist mit einem Instrument vor dem Zentrum sitzen ohne wirklich spielen zu können, betteln alle Tage hier. Offensichtlich gehören sie einer bandenmässigen Organisation an, welche nicht davor zurückschreckt, todkranke Frauen auf die Strasse zu setzen. Abends, wenn das Zentrum schliesst, warten dieselben am Strassenrand, um von ihren Peinigern abgeholt zu werden.
Wir fordern den Gemeinderat zum Kampf gegen diesen unsinnigen Menschenhandel auf. Solch menschenunwürdiges Verhalten darf nicht toleriert werden. Solange der Gemeinderat seine Augen verschliesst und nicht handelt, werden solche Gruppen immer dreister vorgehen und immer mehr Leute zum Betteln losschicken.

Forderung
1. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass der daraus resultierende Menschenhandel und das organisierte Betteln in unserer Stadt ab sofort unterbunden werden.
2. Der Gemeinderat trifft Sofortmassnahmen um Härtefälle abzufedern.
3. Es sind restriktive Kontrollen und Massnahmen bei Verdacht auf kriminelles und organisiertes Betteln vorzusehen. Menschenhändler sind der Justiz zu übergeben.
4. Dem Kinder- und Jugendschutz ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Bern, 13. November 2008

Interfraktionelles Postulat SVP/JSVP, FDP mit CVP (Edith Leibundgut, CVP/Peter Bühler, SVP/Pascal Rub, FDP), Reto Nause, Dannie Jost, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dolores Dana, Karin Feuz-Ramseyer, Roland Jakob, Philippe Müller, Peter Bernasconi, Manfred Blaser, Erich J. Hess, Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Dieter Beyeler

Bericht des Gemeinderats

In den letzten Jahren wurden mehrere Vorstösse zum Themenbereich Eindämmung der Bettelei eingereicht. Den Vorstössen ist gemeinsam, dass sie eine wirksame Bekämpfung der Ursachen der Bettelei und den damit verbundenen Auswirkungen fordern. Die Wahl der richtigen Mittel für einen erfolgreichen Kampf gegen die organisierte Bettelei und den Menschenhandel wurden in der Vergangenheit und werden bis heute in der Bevölkerung und der Politik kontrovers diskutiert.

Zu Punkt 1:
Bei der Beurteilung der Frage, wie die organisierte Bettelei und der Menschenhandel rasch unterbunden werden kann, ist wichtig zu wissen, dass das Betteln durch ein Gesetz oder ein Reglement auf Gemeinde- oder Kantonsebene untersagt werden kann, was in bestimmten Gemeinden und Kantonen der Fall ist. Wird das Betteln durch ein kantonales oder kommunales Gesetz oder Reglement untersagt, sind die Behörden zur Verfolgung der Täterschaft und Identifizierung der Bettelnden als Opfer verpflichtet. Mit der strafrechtlichen Ahndung, den ausländerrechtlichen Massnahmen im Bereich Rückführung wie auch dem Opferschutz wird gewährleistet, dass die organisierte Bettelei ganzheitlich angegangen werden kann. Zum Vollzug gehören auch fremdenpolizeiliche Entfernungs- und Fernhaltemassnahmen von unerwünschten Tätergruppierungen, welche von der zuständigen Fremdenpolizei im Polizeiinspektorat vollzogen werden.

Seit mehreren Jahren hat der Gemeinderat in seinen Antworten auf die verschiedenen Vorstösse mehrmals dargelegt, dass er die Entwicklung des organisierten Bettelwesens genau verfolge und die damit verbundene Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bekämpfe. In der Folge wurden verschiedene Massnahmen entsprechend der Lageentwicklung beschlossen und umgesetzt. Aus diesem Grund hat er im Mai 2008 dem Stadtrat beantragt, ein Postulat mit ähnlichem Inhalt (Postulat Fraktion SP/JUSO, Giovanna Battagliero, SP: Auswertung Kontrolle Bettelei im Stadtzentrum und Durchsetzung Bettelverbot im Bahnhof) erheblich zu erklären.

Die Fremdenpolizei der Stadt Bern konnte mit der Aktion „AGORA“ in den vergangenen Monaten die organisierte Bettelei von ausländischen Personengruppen mit gezielten Kontrollen eindämmen, die Täterschaft den zuständigen Untersuchungsbehörden zuführen und entsprechende Opferschutzmassnahmen einleiten.

Zu Punkt 2:
Der Gemeinderat hat bereits im Jahre 2008 einen Bericht erstellen lassen, der den aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit der organisierten Bettelei und dem Menschenhandel nachgeht, besonders die Situation in der Stadt Bern analysiert sowie Lösungsvarianten vorschlägt. Dieser Bericht zeigt auf, welche Massnahmen vom Polizeiinspektorat der Stadt Bern, der Fremdenpolizei, der Kantonspolizei und den Bundesbehörden zurzeit ergriffen werden. Im Rahmen der durchgeführten Aktion „AGORA“ wurden 473 ausländische Personen angehalten und kontrolliert. Davon waren 289 männlich, 239 weiblich und 51 Kinder. In Zusammenarbeit mit den involvierten Akteurinnen und Akteuren sowie NGO’s wurden 328 Massnahmen im Bereich der Täterverfolgung und des Opferschutzes eingeleitet.

Zu Punkt 3:
Erkenntnisse aus der Aktion „AGORA“ förderten ein bedenkliches Bild zutage. Es wurde festgestellt, dass Gruppen mit Fahrzeugen organisiert Kinder und Behinderte nach Bern transportierten und sie gezielt in der Innenstadt platzierten. Weiter gelang es Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die Personen zum Teil im Ausland angeworben und zur Betteltätigkeit faktisch gezwungen wurden. Die Thematik der organisierten Bettelei wurde in der Zwischenzeit sowohl im Kooperationsgremium Menschenhandel (KOGE) des Kantons Bern, wie auch bei den zuständigen Bundesbehörden behandelt. Die systematische Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Stellen von Justiz-, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Opferschutzstellen zeigen erste positive Ergebnisse. Im Weiteren führte der Schweizerische Städteverband am 30. Juni 2010 zu dieser Thematik eine Tagung verschiedener betroffener Schweizer Städte durch. Dabei wurde vereinbart, dass eine entsprechende Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen

und Vertretern von operativen, wie auch politischen Gremien, das Thema intensiv weiterbearbeiten.

Zu Punkt 4:
Die Strukturen von Schlepperorganisationen und Hintermänner konnten gestört werden und Opfer, insbesondere Kinder und Behinderte, besser geschützt werden. In den nächsten Schritten geht es darum, effektive Verfahren zur Identifikation der Opfer sowie zum Nachweis des Verdachts auf Kinderhandel zu entwickeln. Zielführend hierbei sind auch die beschlossenen Massnahmen, welche der Bundesrat in seinem Bericht „Für eine Kinder- und Jugendpolitik der Schweiz“ verabschiedet hat.

Die involvierten Behörden haben aktuell keine Handhabe, um Kinder und Jugendliche festzuhalten. Vor diesem Hintergrund fokussieren die zuständigen Behörden der Stadt Bern eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Wiener Krisenzentrum (Drehscheibe Augarten). Durch Partnerinnen- und Partnerinstitutionen wird abgeklärt, in welchen Fällen Kinder und Jugendliche mit entsprechender Unterstützung sowohl von Polizeibehörden, Vormundschafts- und Migrationsbehörden und NGO’s günstige Rahmenbedingungen für eine Zukunft geschaffen werden können.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 5. Juli 2010

Der Gemeinderat